

Heinrich Küppers, Joseph Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1997, 356 S., brosch., 136 DM.

»Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: Dieser Feind steht rechts.« Diesen berühmt gewordenen Satz sprach Joseph Wirth einen Tag nach der Ermordung von Walther Rathenau am 25. Juni 1922 im Reichstag. Der Zentrumsrepublikaner Wirth war 1921/22 Reichskanzler; in seine Amtszeit fiel auch der Vertrag von Rapallo. Dennoch dürfte er heute nur noch wenigen bekannt sein. Einigen mögen noch seine Bemühungen um einen gesamtdeutschen Ausgleich in den Jahren nach 1945 präsent sein, mit denen er sich in einen Gegensatz zur CDU brachte, der ihm eine erneute politische Karriere versperrte. Heinrich Küppers, Historiker in Wuppertal, widmet dem Mann des linken Zentrumsflügels eine gut 300seitige Biographie, für die – so die Einführung – die Frage nach der Glaubwürdigkeit des Politikers zentral ist. In Teilen liest sich das Werk wie eine Negativ-Biographie; zumindest spürt man stets Küppers' kritische Distanz Wirth gegenüber. Sein Urteil stützt der Autor auf eine breite Quellenbasis, wobei er auch neues Material aus Moskauer Archiven herangezogen hat.

Zunächst beschreibt Küppers die Herkunft des 1879 geborenen Wirth – das kleinbürgerliche, stark katholisch geprägte Elternhaus in Freiburg und die zentrale Rolle des Vaters. Über dessen Engagement in der Arbeiterfrage fand der Sohn den Weg in die Politik. Weil Wirth ein guter Redner war, konnte er rasch Karriere machen: als Kommunalpolitiker, im badischen Landtag und kurzzeitig auch schon im Reichstag des Kaiserreichs. Der eigentliche Durchbruch des Republikaners und Nationalisten erfolgte allerdings erst mit der Revolution 1918/19, als er zunächst Finanzminister in Baden und 1920 dann Reichsfinanzminister wurde. Auch unter Berücksichtigung der äußerst schwierigen Umstände der Zeit erkennt Küppers Versäumnisse von Wirth in diesem Amt, v. a. hinsichtlich der Abwehr des drohenden Staatsbankrotts. Er misst Wirths Leistungen an denen seines Vorgängers Matthias Erzberger, dem er keinesfalls ebenbürtig gewesen sei.

Infolge der Regierungskrise, die das Londoner Ultimatum im Mai 1921 auslöste, wurde Wirth Reichskanzler. Das neue (Minderheits-)Kabinett entschloss sich zu einer »Erfüllungspolitik«, d. h. zu einer Politik, die den Vorgaben des Ultimatums nachzukommen versuchte, um damit ihre Unerfüllbarkeit zu beweisen. Langfristig lag dieser Strategie das Ziel zugrunde, die Revision des Versailler Vertrages zu erreichen. Diesem Anliegen fühlten sich fast alle Politiker der Zeit verpflichtet. Küppers gesteht Wirth zu, dass er zu Beginn seiner Kanzlerschaft ernsthaft vorhatte, auf die Forderungen der Alliierten einzugehen, um Zeit und Vertrauen zu gewinnen. Schon nach wenigen Monaten indes sei er von dieser Politik abgegangen. Er habe die »in der Logik des Londoner Zahlenplanes liegenden Verteilungskonflikte nicht in den Griff« bekommen, vielleicht auch nicht bekommen können. Dabei waren die Schwäche der Regierung und ihr Scheitern in Fragen der Besteuerung und der Subventionierung von entscheidender Bedeutung. Einen folgenreichen Fehler der Regierung erblickt der Autor auch in der Ankurbelung der Notenpresse, die der Hyperinflation von 1923 vorausging.

Der Konflikt in Oberschlesien 1921 stellt bei Küppers einen wichtigen Markstein für Wirths weitere Politik dar. Der Kanzler war bitter enttäuscht, als das vom Völkerbund initiierte Referendum, bei dem sich 60 Prozent der Bevölkerung im oberschlesischen Abstimmungsgebiet für Deutschland entschieden hatten, den Teilungsvorgang in einen deutschen und einen polnischen Teil nicht stoppen konnte. Diese Vorgänge hatten Auswirkungen auf Wirths Regierungsstil (er missachtete zunehmend das Parlament), v. a. aber auf seine Einstellung gegenüber Frankreich und Polen. Küppers setzt die Vorgänge in Oberschlesien in einen direkten Zusammenhang mit dem Vertrag von Rapallo, wenn er argumentiert, der Vertrag sei die »Revanche« an Frankreich und Polen gewesen. Dieser Pakt mit Russland, der den ersten Akt einer selbständigen deutschen Außenpolitik

seit dem Krieg darstellte, sei ein großer Fehler der deutschen Diplomatie gewesen, weil er nur Russland habe dienen können, nicht aber Deutschland. Küppers kritisiert außerdem Wirths eigenmächtiges Vorgehen und seine – bei allen Unterschieden in der Person – enge Verbindung mit dem Chef der Heeresleitung Seeckt, wobei Wirth ein wenig zu stark in die Rolle des Motors gedrängt wird.

Im November 1922 musste Wirth zurücktreten, nachdem er u. a. aufgrund der Vorgänge bei der Vorbereitung des Rapallo-Vertrages das Vertrauen der die Regierung tragenden Kräfte sowie des Reichspräsidenten verloren hatte. Nach Küppers war weniger das Projekt einer Mehrheitskoalition unter Einschluß der DVP Anlass für den Rücktritt als die Tatsache, daß Wirth »politisch am Ende« war. Er verlor rasch an Einfluss, auch in seiner eigenen Partei. Das Verhältnis zur Reichstagsfraktion, das schon immer gespannt gewesen war, verschlechterte sich. Vor allem die Orientierung des Zentrums nach rechts – die Partei war 1925 gemeinsam mit der DNVP an der Regierung beteiligt – lehnte er ab. In der Endphase der Republik wurde Wirth dann noch zweimal Kabinettsmitglied, ohne dass es besondere Leistungen zu verzeichnen gäbe. Zunächst war er Minister für die besetzten Gebiete in der Großen Koalition und dann Innenminister in Brüning's erster Regierung, bis Hindenburg seinen Rücktritt erzwang. Insgesamt etwas unbefriedigend fällt die Behandlung der Zeit von 1933 bis zu Wirths Tod 1956 aus, der das letzte Kapitel gewidmet ist. Nach anfänglichen Zweifeln stimmte Wirth dem Ermächtigungsgesetz im März 1933 zu, um wenig später dann zunächst nach Frankreich, dann in die Schweiz zu emigrieren. Erst 1948 erlaubten ihm die Franzosen die Rückkehr nach Baden.

Die sehr komplizierte Persönlichkeit Wirths spielt für Küppers eine wichtige Rolle. Früh habe der Zentrumspolitiker »Allergien gegen Anpassungen« erkennen lassen; er sei sprunghaft und cholerisch, zugleich aber sensibel und leicht verletzlich gewesen. Politisch sei er zugleich als »Gesinnungspolitiker und Moralist« zu bezeichnen, der sich aber nicht an seine eigenen Maßstäbe gehalten habe. Eine negative Folge dieser Haltung hebt der Autor besonders hervor: die Unfähigkeit Wirths zum politischen Kompromiss. Damit trug er seinen Teil dazu bei, dass die Schwächen der jungen Republik nicht überwunden werden konnten. Wirth wird in dieser Biographie als Mann dargestellt, der durchaus große Chancen hatte, der sich aber wegen seiner politischen Überzeugungen und wegen seines Naturells zwischen vielen Stühlen befand.

*Susanne Pumpe, Mannheim*

Notker Hammerstein, Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur, Verlag C.H. Beck, München 1999, 582 Seiten, geb., 98 DM.

Das einvernehmliche Zusammenspiel von Wissenschaft, Politik und Bürokratie blickt in Deutschland auf eine lange Tradition. Wie selbstverständlich haben wir uns heute an die Existenz von Stiftungen und Institutionen staatlicher oder halbstaatlicher Natur gewöhnt, auf deren Mittelvergabe weite Teile der Forschung angewiesen sind. Dabei datieren die Anfänge der wohl bedeutendsten Förderungseinrichtung »DFG« aus den Krisenjahren der Weimarer Republik. Als »Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft« gegründet, bestand das Stiftungsziel darin, die durch den verlorenen Krieg an Universitäten und Forschungseinrichtungen entstandene finanzielle Not zu überwinden. Dass die Lage prekär war, verdeutlicht beispielhaft die Anschaffung ausländischer Zeitschriften, von denen die Berliner Staatsbibliothek 1914 noch etwa 2.200 bezog, 1920 aber nur